

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Anzeigers
und des Anzeigers für das Erzgebirge
in der Zeitungsdruckerei
Hauptstadt - Leipzig Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
in der Zeitungsdruckerei
Hauptstadt - Leipzig Nr. 23.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1900

Nr. 51

Freitag, den 29. Februar 1924

19. Jahrgang

Der dritte Tag der Reichstagsausprache.

Zum Beginn der Donnerstagssitzung des Reichstags nahm zunächst das Wort Reichsanwältminister Dr. Strosemann.

In der deutschen Außenpolitik stehen wir unter dem Eindruck der Arbeit der Sachverständigenauschüsse. Über die Verhandlungen mit der Kommission wird ein Bericht erscheinen, sobald der Bericht der Sachverständigen selbst vorliegt. So wenig erfreulich ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer internationalen Prüfung unserer Lage führten, so muß man den Mitgliedern der Kommission für ihre mühevollen Arbeit danken. Nach wie vor gilt das Wort, daß eine gute Innenpolitik die beste Außenpolitik ist. Wir haben alle Anstrengungen gemacht, um zu einer Stabilität im Innern zu gelangen. Zum mindesten ist bereits infolgedessen ein Erfolg zu verzeichnen, als das Gebilde vom schlechten Willen Deutschland, vom betrügerischen Bankrott aufgehört hat. Alle Parteien der besetzten Gebiete waren sich darin einig, daß die Bevölkerung dieser Gebiete vor der Exekution der Befugnisse, armee geschützt werden müsse. Infolgedessen waren wir zur Weiterzahlung der Befugnis-Kosten gezwungen. Über für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft an Reparationszahlungen nicht denken. Wir müssen vielmehr alle Kräfte zusammennehmen, um überhaupt unsere Währung zu halten. Jetzt ist ein Moratorium für uns notwendig, ebenso aber während dieser Zeit eine internationale Anleihe insbesondere für Frankreich als Ersatz für die Ausfälle deutscher Zahlungen.

Der Minister polemisierte dann gegen die Ausführungen des „Tamps“, die dieser kürzlich gegen den Gedanken der Wiederherstellung der deutschen Reichseisenbahneinheit gemacht hat. Die Abtrennung der Rhein-Ruhr-Bahnen von der Reichsbahn hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, zu welchen katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eine Zerschmetterung des deutschen Eisenbahnnetzes führen muß. Wir erkennen die Frage der internationalen Anleihe als untrennbar verbunden mit der Befreiung von Ruhr und Rhein.

Die Kreditnot von Industrie und Landwirtschaft ist so stark, daß wir mit starken Minderungen der Produktivität zu rechnen haben, wenn ihr nicht abgeholfen wird. Deshalb dürfen wir an ausländischem Kapital nicht vorübergehen, wenn wir es erhalten können. Eine schnelle Verständigung in diesen Fragen ist notwendig. Eine Einigung kann nicht erfolgen auf der Grundlage der Schaffung einer deutschen Reparationsprovinz. Grundlage muß sein, eine internationale Regelung der Reparationsfrage. Wir sind zur Diskussion der Reparationsfragen bereit, wollen aber die gegenseitigen Verhandlungen der Sachverständigenauschüsse nicht fördern. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß sich auch in weiten Kreisen Frankreichs die Stimmung geändert hat. Man empfindet anerkennend doch mehr als ein, daß Frankreich in gewisser Beziehung trotz aller politischen Differenzen in einer wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland steht. Wir können keinen Sonderfrieden mit Frankreich schließen, denn wir sind als Schuldner den vereinigten Gläubigerstaaten verpflichtet, wohl aber können wir es von deutscher Seite aus nur begrüßen, wenn seitens der Alliierten Mittel und Wege gesucht werden, um Frankreichs besonderen finanziellen Bedürfnisse bei der Regelung der Reparationsfrage gerecht zu werden. Vielleicht scheitert der Versuch der Reparationslösung auch diesmal. Trotzdem ist es unsere Pflicht, alles zu unternehmen, um den Versuch erfolgreich zu gestalten. Damit, daß wir unsererseits den Versailler Vertrag als zerrissen erklären, kann man nicht Realpolitik machen. Jeder vernünftige Deutsche wird bereit sein, sich mit Frankreich zu verständigen. Wir haben unsere Leistungen aufgezeigt: sie haben 42 Milliarden Goldmark betragen. Mögen andere Schätzungen geringer sein, aber auch sie erreichen eine Höhe von 25 Milliarden Goldmark. Es ist doch unmöglich, davon zu sprechen, daß Deutschland seit vier Jahren nichts geleistet habe. Wenn man eine nationale Entwicklung in Deutschland fürchtet, so möge man sich in Frankreich daran erinnern, daß bisher alle Vorkämpfer in Deutschland, die eine Verständigung mit Frankreich angestrebt haben, an der französischen Politik gescheitert sind.

So muß darauf hingewiesen, daß die Politik des Generals de Wieg geeignet ist, das politische Volk in Verzweiflung zu bringen. Gegenüber der Kritik einer von mir gehaltenen Rede, in der ich bei einem geschichtlichen Rückblick in den letzten 50 Jahren auch davon sprach, daß wir mit Stolz auf unsere alte Armee und unsere Flotte denken werden und in der ich mich dagegen wandte, daß man das deutsche Volk für unfähig hinstellen wollte, koloniale Arbeiten zu leisten, muß ich

betonen, daß uns die Erinnerung an die große Zeit unseres deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes durch keinen Friedensvertrag genommen werden kann.

An der Sachverständigenkonferenz sind auch die Vereinigten Staaten von Amerika durch hervorragende Vertreter beteiligt. Wir begrüßen mit Genugtuung das Eintreten dieses großen Landes in der Regelung europäischer Fragen. Wir begrüßen ebenso mit Genugtuung die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages. Wir haben nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten, aber bei näherer Prüfung wird man doch zu der Überzeugung kommen, daß es sich um einen Vertrag handelt, der die zukünftigen Beziehungen der beiden Länder auf eine gesunde und feste Grundlage stellen wird.

Hiller-Prozess.

Aussagen des Oberleutnants Kriebel.

Als die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt wird, äußert sich zunächst Oberleutnant a. D. Kriebel, der militärische Führer des Deutschen Kampfbundes, teils in öffentlicher, teils in geschlossener Sitzung, über seine Tätigkeit und über die Beweggründe seines Handelns. Der Angeklagte leitete seine Rede mit einer Schilderung seiner Tätigkeit bei der Waffenstillstandskommission in Spa ein und erklärte: Wir standen vor einem rücksichtslosen Feind, während im Rücken Verbündeter das einjährige Völkerwerk, was wir noch hatten, zerstört. Als ich noch in der Pfalz war, mußte ich mir von General de Wieg eine Behandlung gefallen lassen, gegen die sich mein Innerstes auflehnte. Als unser Zug von Spa abfuhr, rief ich am offenen Fenster mit geballter Faust den Belagerten zu: Auf Wiedersehen in einigen Jahren! Entschuldigungssturm, Steinhagel und Revolvergeschosse auf uns waren die Antwort.

Kriebel schildert hierauf seine Tätigkeit bei der Einwohnerwehr und erklärt, er habe sich auch an der politischen Bewegung im März 1920 beteiligt und sich damals seine Staatsbürgerschaft verdient.

Die Schuld an der Auflösung der Einwohnerwehren trage allein Herr v. Kahr, der es seinerzeit ausdrücklich abgelehnt habe, sich hinter die Einwohnerwehren zu stellen.

Er habe damals v. Kahr als einen Mann der offenen Hinterlist erkannt. Kriebel teilt dann weiter mit, daß seine Tätigkeit bei der Organisation Escherich im Herbst 1921 ihr Ende fand, weil man ihm nachsah, er wolle eine Donaumonarchie errichten. Weitere Aussagen erfolgten unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die Reichswehr in Thüringen.

Die Zustände in Thüringen waren unter Duldung der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierung im Herbst 1923 immer unhaltbarer geworden. Minister forderten öffentlich zum Umsturz auf, brachten ein Echo auf die deutsche rote Armee aus und forderten trotz Verbotes zum Eintritt in die kommunistischen Hundertschaften auf. Die Reichsregierung konnte diese Maßnahmen nicht länger dulden und beauftragte daher den General Gasse, mit einer Truppenabteilung die Ruhe und Ordnung in Thüringen wieder herzustellen, den Anordnungen der Reichsregierung und der vollziehenden Gewalt Geltung zu verschaffen und die kommunistischen Hundertschaften aufzuheben. Das gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit. Das bei den Hausdurchsuchungen gefundene reiche Material bewies klar, daß die rote Armee Thüringens fit und fertig war; und zwar auf allen Gebieten, auf dem der Versorgung, der Bewundetenfürsorge und der Bereitstellung von Nachrichtsmitteln. Am 9. November sollte losgeschlagen werden.

Wenn auch die kommunistische Partei noch verboten ist, so darf man sich nicht darüber täuschen, daß im geheimen eifrig an dem Wiederaufbau der Hundertschaften gearbeitet wird.

In das Verfahren gegen den Minister Hermann hat der Befehlshaber nicht eingegriffen. Es wurde auf Grund von Feststellungen einer Reichskommission von dem zuständigen Staatsanwalt ohne jedes Zutun des Militärbefehlshabers eröffnet und schwebt noch heute. Allerdings wurde eine Reihe kommunistischer Führer, die übrigens auch teilweise als Führer der Hundertschaften entlarvt worden waren, ihres Amtes enthoben, weil sie sich staatsfeindlich betätigten. Verhandlungen durch Reichswehrangehörige sind fast gar nicht vorgekommen. Die Fälle, die eingeleitet worden waren, haben sich ziemlich alle als erledigt bei der Untersuchung herausgestellt. Ein einziges Mal ist ein Reiter freiwillig entlassen und dem Staatsanwalt übergeben worden. Stellt man sich die Stimmung in den unteren Schichten der Thüringer Bevölkerung vor, so sieht man einen Beweis für die innere Tüchtigkeit der Reichswehr vor sich, wie er nicht besser gewünscht werden kann.

Den Gedanken der Volksgemeinschaft und Volkskameradschaft hat die Reichswehr in Thüringen bekundet, wo sie nur konnte. 31 Rotstandards wurden von ihr eingerichtet, die noch heute täglich 15 000 Bedürftige speisen. Die Militärkapellen gaben zahlreiche Konzerte, deren Erlös vollständig den Rotleibenden zugunsten. Das Braunschweizerrevier lieferte 35 000 Zentner Kohlen, die durch die Reichswehr an Arme verteilt wurden. Sammlungen wurden eingeleitet und durchzuführen, die die Reichswehr stellte, verteilt. Überall in Thüringen hört man den Wunsch, daß die Reichswehr noch möglichst lange in Thüringen bleiben möge. Sollte sie aber das Land verlassen, so wird die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dankbar ihre freigewordene Tätigkeit anerkennen.

Das waffenstarrende Frankreich.

Angriffe im englischen Oberhaus.

Im Oberhaus fragte Lord Cecil, welche Schritte die Regierung in der Frage der Einschränkung der Rüstungen zu unternehmen beabsichtige. Der Redner bezweifelnd es als notwendig, daß die britische Regierung ein Programm bereithalte, um es der Völkerbundversammlung im September vorzulegen. Lord Parmoor erwiderte, die Regierung erwäge die Schaffung eines Ausschusses und werde ihre Beschlüsse zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Initiative in der Rüstungsfrage müsse jedoch von der Völkerbundversammlung und nicht von der britischen Regierung kommen. Auch Lord Grey erklärte, bevor die Völkerbundversammlung nächsten September zusammentrete, müsse die Regierung zu Entschlüssen gelangen.

Lord Birkenhead sagte, man habe jetzt mit einem einzigen Land in Europa zu rechnen, und das sei Frankreich. Alle Engländer hätten den ausdrücklichen Wunsch freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten, aber habe man in Frankreich ein Volk gesehen, das sich durchzukämpfen, habe Frankreich sein Heer demobilisiert?

Neue Verträge der Witum.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Düsseldorf hat die Witum dieser Tage ein Abkommen mit der dortigen Industrie für Haushaltungsgegenstände, Automobile, Fahrräder, Emailwaren und Aluminiumgegenstände geschlossen.

Die belgische Ministerkrise.

Die belgische Kammer lehnte mit 95 gegen 79 Stimmen den Entwurf eines Wirtschaftsvertrages zwischen Frankreich und Belgien ab. Nach der Abstimmung erklärte Theunis, daß die Regierung, da sie anlässlich dieser Abstimmung die Vertrauensfrage gestellt hätte, dem König ihre Demission einreichen werde.

Die belgische Ministerkrise.

Die durch den Rücktritt des Kabinetts Theunis entstandene Krise wird wohl nicht so schnell beigelegt werden. Man spricht davon, daß die Führer der beiden Gruppen, die die parlamentarische Niederlage von Theunis herbeigeführt haben, also der Sozialdemokraten und der Flamen, nacheinander vom König beauftragt werden sollen, Kabinettsentwürfe vorzulegen, die für die eine oder andere Partei ablehnen, da für sie eine Mehrheitsbildung in der Kammer unmöglich ist, und so wird dann, da Theunis seinen Rücktritt angeblich aufrecht erhält, ein anderes Mitglied der bisherigen Mehrheit mit der Schaffung eines Kabinetts betraut werden. Für Deutschland wird die Personenfrage dabei eine geringe Rolle spielen; überhaupt hat Deutschland an der Demission von Theunis kein besonderes Interesse, da es fraglos ist, daß Belgien in seiner auswärtigen Politik auf dem jetzt am weitesten beschrittenen Wege zwangsläufig weiterfahren muß. Es zeigt sich eben, daß die wirtschaftlichen Interessen eines Landes auf die Dauer nicht außer Acht gelassen werden können zugunsten von irgendwelchen außenpolitischen Ideen, die nicht in den Notwendigkeiten des Landes selbst begründet sind. Die Frage, über die Theunis gestritten ist, ist an und für sich eine rein wirtschaftliche; aber die französische Presse hat schon recht, wenn sie darauf hinweist, daß die belgische Kammer mit ihrer Vertagung des Wirtschaftsvertrages mit Frankreich auch ihr Votum gegen eine Politik abgegeben hat, die Belgien schlechterdings in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich bringen will.

Wie weiter gemeldet wird, nehmen die belgischen Blätter an, daß Van der Weide wahrscheinlich die Aufgabe der Kabinettsbildung ablehnen wird. Als weitere Kandidaten werden genannt Vandebeyers, Renquin und Baron Dostard.